

Die neue **REGIERUNG** – **Grundlegende REFORMEN** oder **POLITIK** der **KOMPROMISSE**?

Am 27. September hatten sich die Wähler entschieden: Gegen eine wenig schlagkräftige Kompromiss-Koalition aus SPD und CDU/CSU und für eine konservativ-liberale, bürgerliche Koalition. Die Erwartungen der Zahnärzteschaft an die neue Regierung sind dementsprechend groß, denn grundlegende Reformen sind gerade im Gesundheitswesen dringend nötig.

Mit dem Ausgang der jüngsten Bundestagswahl mit einer Mehrheit für Schwarz-Gelb keimte auch bei den deutschen Zahnärzten Hoffnung auf: Quer durch die Republik wurden kurz nach Verkündung des Wahlergebnisses dringend notwendige Reformen im Gesundheitswesen gefordert. So sah der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, ein gutes Wahlergebnis für die Zahnärzte, was deutlich in Richtung mehr Selbstverantwortung und Freiheit im Gesundheitswesen zielt. „Mit einer schwarz-gelben Regierungskonstellation können wir die nötigen Reformen in der zahnmedizinischen Versorgung gesetzlich Krankenversicherter endlich angehen“, sagte Fedderwitz nach der Wahl.

Laut dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel, sei der Wahlausgang auch ein Signal für die überfällige Anpassung des Gesundheitswesens an die Realitäten hierzulande. Konkret erwarte Engel den von Bundeskanzlerin Merkel vor der Wahl angekündigten konstruktiven Dialog von Politik und Berufsstand zur nachhaltigen Neustrukturierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ). Die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte müsse als starke Interessenvertretung ihrer Mitglieder erhalten bleiben.

Gesundheitspolitik im Wahlkampf lange kein Thema

Im Wahlkampf selbst war die Gesundheitspolitik lange Zeit nur ein Randthema – vielleicht

auch weil sich die Parteien hier Spielräume für kommende Koalitionsverhandlungen freihalten wollten. Einzig die FDP bezog hier eine deutliche Position: Die Parteifunktionäre wurden nicht müde, eine Abschaffung des Gesundheitsfonds zu fordern, was auch gänzlich ins Programm passt, schließlich plädieren die Liberalen schon seit Längerem für eine Art Bürgerversicherung anstelle der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). In der heißen Wahlkampfphase positionierte sich dann auch die CSU in Person des bayrischen Gesundheitsministers Markus Söder: Er betonte die grundlegende Notwendigkeit einer Überarbeitung des Gesundheitsfonds, wohl auch mit einigem taktischen Kalkül im Hinblick auf die Wünsche des potenziellen Koalitionspartners.

Nach dem überaus erfolgreichen Abschneiden der FDP am Wahlsonntag durften sich die Liberalen durchaus zu Recht als heimlicher Wahlsieger feiern lassen. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel verlangte dann auch viel „Gelb“ im künftigen Koalitionsvertrag, schließlich komme seine Partei mit fast 15 Prozent aus der Bundestagswahl, und diese neu gewonnene Stärke, so versprach er, werde sich auch im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Knackpunkt Gesundheitsfonds

Die Gespräche zum Koalitionsvertrag verliefen recht zäh und von den Wahlversprechen, mit denen die Glaubwürdigkeit der FDP eigentlich steht und fällt, bröckelt eines nach dem anderen: Steuersenkungen im großen Umfang – kaum finanzierbar. Eine Abschaffung des Gesundheitsfonds – wird wohl zu einer minimalen Herumdoktorei verkommen. Für neues Öl im liberalen Argumentefeuher der Koalitionsver-

handlungen könnten indes die aktuellen Zahlen zur Finanzsituation des Gesundheitsfonds sorgen. Demnach droht den gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit von schätzungsweise 7,5 Mrd. Euro im kommenden Jahr. So plädierten Gesundheitspolitiker von CDU und FPD bereits für eine Anhebung der Kassenbeiträge für die Versicherten, wobei die Arbeitgeber verschont werden sollen. Markus Söder hingegen wandte sich gegen eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer: Das Milliardendefizit dürfe nicht zulasten der Versicherten gehen. Vielmehr sehe er Sparpotenzial etwa bei der Pharmaindustrie und bei der Entwicklung der elektronischen Gesundheitskarte. Unterm Strich wird wohl die Finanzlücke nur durch eine Erhöhung der Zusatzbeiträge zu schließen sein. Angesichts des Milliardendefizits könnte sogar die bisher geltende Deckelung des Zusatzbeitrags von einem Prozent des Einkommens fallen.

Politische Realitäten

Inwieweit weitere, besonders auch für die Zahnärzte relevanten, Streitpunkte wie die Gebührenordnung für Zahnärzte oder die elektronische Gesundheitskarte von der neuen bürgerlichen Regierung angegangen werden, bleibt derzeit abzuwarten. Zunächst ist die Kompromissfähigkeit der beiden Bündnispartner gefragt, denn sie wird Grundvoraussetzung für die Regierungsfähigkeit sein. Daher sollten Deutschlands (angehende) Zahnärzte eher mit gebremsten Erwartungen die Verhandlungen von Union und FDP verfolgen. Reizthemen wie Gesundheitsfonds, eGK, GOZ-neu oder die Honorarangleichung Ost-West werden auch in Zukunft mit Sicherheit Reizthemen bleiben. ☉

(cd)